

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.

# Wahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Wahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Gen. Kienberggasse 3. Wiener Redaktion: Hans Thoma, 2. Bez., Novarogasse 21. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr abends, Goldhaus Platz, 9. Bez., Währinger Gürtel Nr. 12. - Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

April 1930  
Nr. 20 2. Jahrg.

Bezugspreis: Im Abonnementswesen mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen beziffert, im Straßenverkauf mit 10 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S.-30. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland A.-30. Die Bezugspreise sind im vorhinein zu entrichten. - Postzustellungs-Nr. 09371.

## Die kommende Niederlage.

### Zoo Gehalt der herrschenden Klasse.

In ihrem lächerlichen Bemühen um die Durchsetzung des Antiterrorgebietes fallen die Unternehmer immer mehr aus der Rolle der Vorkämpfer, die mit diesem Gesetz ausschließlich den Schutz der Unorganisierten vor dem Überhandnehmen der Organisierten bezwecken wollten.

In ihrem ungeheuren, brutalen Eifer fällt diese Klasse zugleich hoch, maßlos genug nach mehr Profit, ihr Ziel ist nach dem Antiterrorgebiet als einem Mittel zur Bereinigung der Wirtschaft und damit zur Senkung des Lebens. Einzig und allein deshalb fordern sie das Antiterrorgebiet. Ein Wort, nur das nicht fehlt!

### 2 Jünger Mäurer, dieses hoffen!

Die sozialdemokratischen Führer stellen sich aber ideologisch in dieser Kartenrolle. Als Schöbe im Justizauschuss die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur weiteren Beratung des Antiterrorgebietes verlangte, jedoch die „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. März 1930: „Die Regierung, offenbar im Einvernehmen mit den bürgerlichen Parteien, die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses anregte, möchte man annehmen, daß die bürgerlichen Parteien nunmehr ihren Einfluß je abändern wollten, daß der Charakter eines Schandurteilsverurteiltes verliere.“

Wir wissen nicht, ob der Verantw. der „Arbeiter-Zeitung“ ein religiöser Sozialist ist, aber wir müssen sagen, daß er jedenfalls hier im Unrechten ist. Er glaubt, daß die Regierung mit einem Untersuchungsausschuss zufrieden ist, das man umstände ist, den Veto zu drücken; er hofft, daß sich die Unternehmer nicht einer schändlichen Weise zur Bereinigung der Wirtschaft, mit einem Wimper ohne Ziel, an welchem die Klinge fehlt, begnügen.

### Die Uhr am Meise.

Wir sagten, daß die sozialdemokratischen Führer nur ideologisch die Rolle der „Arbeiter-Zeitung“ spielen. In Wirklichkeit sind sie von der Durchsetzung des Antiterrorgebietes überglücklich. Was sie durchsetzen wollen - und natürlich auch durchsetzen werden, denn die bürgerlichen haben ihre Deckungen so geküßt, daß sie etwas nachlassen können - ist nur eine Witterung des Antiterrorgebietes. Dem Wunsch der Unternehmer, daß der Kollektivvertrag nur ein gewerkschaftlich organisiertes gelten solle, so daß sie die anderen geringer mitnehmen und damit als Letztbedingte verwenden könnten, stellt die Arbeiterkammer, mit der sich die sozialdemokratische Partei verbündet, dem Verlangen gegenüber, daß der Kollektivvertrag für alle Arbeiter eines Betriebes gelten solle, „weil die Mehrheit der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist oder wenn die Mehrheit der Arbeiter oder Angehörigen durch unmittelbare Abstimmung oder durch Beschluß des Betriebsrates dem Kollektivvertrag beiträgt“.

Es ist klar, daß die Durchsetzung dieses Vorchlages der Arbeiterkammer heute schon eine ganze Reihe von Vorteilen der Stellung des Kollektivvertrages entgegen würde. Diese Vorteile und die damit verbundenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gibt die sozialdemokratische Partei fast blindlings preis. Aber mehr noch: hat es der Unternehmer nicht in der Hand, durch Ausübung seiner Kaufkraft und der Jagd nach Gewinn und Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften bei der Abstimmung der Beschäftigung eine Mehrheit für sich zu erreichen?

### Wie kommt eine solche Mehrheit zustande?

Wenn wir einen Bericht über die Angelegenheitenbetriebsratwahl bei der Wiener Maschinen- und Werkzeugfabrik vom 22. März, sind in den Schiller-Werkmann-Werken in Wien die Wahl in den Angelegenheitenbetriebsrat statt. Es wurden zwei Sachverständige, und zwar des Bundes der Industriearbeiter Österreichs und der „Unabhängigen“ Gewerkschaft, das ist die Kleinwerkzeuggewerkschaft, zum Vorsteher ernannt. Dieser waren im Betriebsrat zwei Mitglieder des Bundes der Industriearbeiter und ein Mitglied der „Unabhängigen“ Gewerkschaft vertreten. Die „Unabhängigen“ Gewerkschaft hatte durch längere Zeit die bekannten Wahlvorbereitungen getroffen. Vom Unternehmer waren Mitglieder des Bundes der An-

gestellten systematisch abgebaut und Anhänger der „Unabhängigen“ aus dem Betrieb entfernt. Die Wahl selbst wurde mit dem Ziel, die freien Gewerkschaften zu Grabe zu tragen, unter ungünstigen Umständen durchgeführt. Die freien Wähler durften persönlich nicht zur Wahl gehen, sondern mußten ihre Stimme durch Vollmacht abgeben. Sie wählte zum Vorsteher der Betriebsrat den Führer der Kleinwerkzeuggewerkschaft, im Stellvertreter den 21 Angehörigen, bei denen mit mehr als 200 Stimmen war, daß sie die „Unabhängigen“ Gewerkschaft nicht wählen werden. Am Tage der Wahl wurde durch Umzingelung verhindert, wer vom Betrieb abwesend ist, und für die Angehörigen wurde sofort die Wahl mit Vollmacht durchgeführt. Die Kleinwerkzeuggewerkschaft erreichte 116 Stimmen und damit 2 Mandate, die Kleinwerkzeuggewerkschaft mit 65 Stimmen 1 Mandat. Die Wähler haben somit die Mehrheit im Betriebsrat. Der Vorsteher der Arbeiterkammer, daß die Beschäftigten über die Gültigkeit des Kollektivvertrages für den Betrieb entscheiden, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der Arbeit, die die Arbeiter bei Strafe vorbereiten, sich gegen die Einmischung von Wählern zur Wehr zu setzen. Es müssen auch die Sozialdemokraten, die Vorsteher der Arbeiterkammer sind nur Mandat, um das eigene Nachgeben zu verhindern.

### Die politischen Verhältnisse.

In den Beratungen des Untersuchungsausschusses stellt die Paragrafen mehrere Beschlüsse vor, die offenbar als Strohfeuer dienen sollen. Sie werden im Verlauf der Verhandlungen für die Überwindung der Zweifelsfragen, um dann mit der Meinung der Wähler über sich genug nachzugeben haben, von den Sozialdemokraten zurückgezogen zu werden. Wenn der Antrag, daß jeder Unternehmer das Recht

habe, mit einer von ihm ausgewählten Gewerkschaft, zum Beispiel der Kleinwerkzeuggewerkschaft, einen Kollektivvertrag abzuschließen, der für alle Betriebsarbeiter selbst dann zu gelten habe, wenn diese Gewerkschaft auch kein einziges Mitglied im Betrieb hat, ist nicht anders zu verstehen, als wenn ein gewisser Handwerker für ein Werk, das keine 200 Schilling wert ist und das er um 100 Schilling verkaufen will, 2000 Schilling fordert. Aber wenn das Antiterrorgebiet in seinen für die Arbeiter drückendsten Bestimmungen und Zustimmung der Sozialdemokraten abgeschlossen sein wird, werden wir es uns nicht verjagen, unseren Wählern den Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ mitzuteilen, in welchem sie triumphierend berichten wird, daß es dem ermöglicht, und wenn dieses der Sozialdemokraten gelungen ist, die Überwindung dieses schändlichen Antrages zu verhindern.

### Das Antiterrorgebiet wird Wirklichkeit werden!

Es gibt in Österreich keine Partei, die es verhindern könnte: Die sozialdemokratische Partei sieht nicht auf den Wirtschaftskrisen und den Unternehmern als auf die Partei der Arbeiter. Die Arbeiterkammer, die die österreichische Bevölkerung in drei Teile teilt: der erste sind die Kaufleute, der zweite die „Sozialisten“, damit sind die Sozialdemokraten gemeint und die sozialistischen Gewerkschaften, und der dritte Teil sind 1000 überreichliche Kommunisten. Mit diesen 1000 Mann hat sie im Verfassungsausschuss den Kampf um die Wahl begonnen, nicht, was sie jetzt machen wird, das weiß nur Schauer, Murrung.

Wenn nicht die Arbeiter durch diese fortgesetzten Manipulationen irritiert werden und aus der sozialdemokratischen Partei heraus verlorener Boden schaffen, werden sie nicht durch mich zu befragen gehen müssen als die, die jetzt vor ihnen stehen: zum politischen Kampf können nur organisiert behaupten werden.

## Steuer.

Die Steuerwerte liegen nach immer zum größten Teil still; vermindert Entlastungen treten vor der Wahl dauernde Arbeitslosigkeit.

Dabei hat nun der amerikanische Auslands-Handel, amerikanische Unternehmer sind betriebsfähig. So ergibt man von den großen Schmelzschmelz-Unternehmern aus Chicago, daß sie alle Teile der Schmelzwerke, nicht nur das Werk, sondern auch die Vorarbeiten, die Jahre und Monate, kurz alles in greifbarer Weise inwerteten; nur eines fänden sie noch nicht verwerten können: die Lebensdauer der geschmolzenen Schmelze.

Die Unternehmungslust des Auslands-Jahrs geht nun daran, den Vorkäufen der Arbeitslosenarbeit zum in bare Münze umzuwandeln. Er hat den Steuerwerten einen großen Arbeitsantrag in der Höhe von 31 Millionen Schilling an, der ungefähr 3000 Arbeitern durch ein Jahr hindurch erste Beschäftigung wäre. Jedoch ist bis jetzt durch den hohen österreichischen Zoll behindert, keine Arbeitskräfte und Rohstoffe auf den österreichischen Markt zu werfen. Er will nun von Steuer für 31 Millionen S. österreichische Erzeugnisse beschaffen, dafür aber bis zum selben Wert seine Waren zurück nach Österreich bringen dürfen. Zum Vorteil befindet sich darin, daß er die seine Erzeugnisse ein neues reiches Absatzgebiet findet.

Die Steuerwerte gehen der Creditbank, die dabei auch noch die Danubier- und Postbank besitzt. Die Creditbank selbst gehört dem Reichsland. Er fürchtet nun für seine übrigen Werte die herbeiführenden Konventionen, und die damit verbundene Schwächung seines Prestiges. Den Vorkäufen Jahrs wird er nur dann annehmen, wenn ihm nicht nur sein bisheriger Gewinn gesichert bleibt, denn den hat er auch ohne Arbeit, sondern wenn ihm ein Gewinn darüber hinaus garantiert wird.

Auf der einen Seite will Arbeit aus der Steuer Arbeitslosigkeit Vorteil ziehen, auf der andern Seite hofft sich die Ausnutzung des Hungers nur dann zu, wenn er dadurch mehr profitiert

Und die Steuer Arbeiter sehen ihre ungeschätzten Vorteile zu, werden die geborene Arbeit vor sich und arbeiten darauf, bis sich ihre Mühsal über die höchste Ausbeutung gerechnet haben können es zu dieser Erleichterung nicht, sie müssen sie eben verkümmern. Die Sozialdemokraten haben in der Unternehmung verstanden, daß sie die österreichische Arbeiterklasse friedlich zum Sozialismus führen können. Sie sieht der Weg aus!

## Neues von der Antiterrorgebiet.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. März 1930 teilte mit: „Die bürgerlichen Parteien wollen bisher das Antiterrorgebiet ... nicht mit den freien Gewerkschaften ... vereinbaren, sondern ihnen distanzieren. Solange die solche Abstimmung ergebnislos über ... ist es unmöglich, ein solches Kompromiß in Aussicht zu stellen!“

Wenn aber die bürgerlichen - das will damit die „Arbeiter-Zeitung“ folgen - sich uns mit behaglichem demokratischem Gekröhen freuen, wenn sie mir einem Wort die kommende Niederlage der Arbeiterklasse nicht antizipieren aussetzen wollen, dann können sie von uns verlassen haben, denn ist auch das Antiterrorgebiet in ihrer Sicht. Ein neues Kompromiß ist gefällig? Wie sehr, bitte gleich, aber bitte nur halblich demokratisch.

Unterdessen sammelt der geistreiche „Arbeit“ die Beschäftigungen aus Wiener Betrieben und veröffentlicht sie. Dem Regier über der Betriebsrat von Arbeiter & Co. um ab, der selbstergeben von sich gibt: „An der Arbeiterklasse kann es einfach nicht glauben, daß dieses Gesetz jemals in Kraft treten könnte. Sie nimmt verfahren ... abwartend die Lösung ein. Der Betriebsrat.“

Bitte! Abwarten, bis das Antiterrorgebiet beschlossen ist und dann entscheiden wie die Kuh vor dem neuen Teufel

# Das Abenteuer in der Wirtschaftspolitik, seine Folgen und seine Gefahren.

Von Leo Trotski.

Am 6. Feb.: In der Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands ist bezeichnend in den letzten Wochen eine scharfe Wendung eingetreten. Stalin hat das Steuer, das er auf ultralinken eingestellt hatte, wieder rechts um gestellt. Die Sowjetpresse, die bis vor kurzer Zeit in den rosenroten Farben die „Erfolge der Kollektivierung“ schweifte, sieht auftragsgemäß plötzlich tausend Schäden und Missetaten. Wir sind der Ansicht, daß der nachfolgende Artikel des Genossen Trotski, den wir in einigen Fortsetzungen bringen werden, geeignet ist, uns das Verständnis der sozialistischen Probleme der russischen Wirtschaft zu klären. Der Artikel wurde von Stalins Wendung im Februar 1930 geschrieben. Ueber Wesen und Bedeutung dieser Wendung werden wir später schreiben.

Die Ergebnisse der industriellen Entwicklung in der U. S. S. R. haben eine internationale Bedeutung. Die Sozialdemokraten, unklug, den wirtschaftlichen Rhythmus der Sowjets zu verstehen, verdienen nur Verachtung? Dieser Rhythmus ist noch nicht stabilisiert, so es ist aus Gründen, mit denen wir uns noch befassen werden, nicht einmal gewiß, daß er sich behaupten wird. Aber er zeigt, was für große Möglichkeiten die Anwendung sozialistischer Methoden auf die Wirtschaft des Staates eröffnet.

Wenn die Sozialdemokraten in Deutschland im Jahre 1918 die Macht, die ihnen die Revolution in den Schöpfkraft, ausgenutzt hätten, um einen sozialistischen Staatsstreich zu machen -- die Möglichkeit dazu hatten sie -- so würde, das kann man sich nach der Sowjetisierung leicht vorstellen, dieser feste sozialistische Block, den Mitteleuropa, Ost- und Westeuropa und der größere Teil Asiens zusammen bilden würden, eine ungeheure wirtschaftliche Macht darstellen. Das ganze menschliche Geschlecht würde heute ein ganz anderes Gesicht zeigen. Die Menschheit wird diesen Vorteil der deutschen Sozialdemokraten mit neuen Krämpfen und neuen Revolutionen bezahlen. Die Geschichte kennt kein größeres Verbrechen. Aber diese Frage berührt nicht den Gegenstand, den wir heute untersuchen wollen.

Nach vor der Periode des Wiederaufbaues, das heißt Anfang 1925, haben wir in unserem Buch „Zum Kapitalismus oder zum Sozialismus“ bereits im vorkritischen eine gedankliche Analyse der unendlichen Möglichkeiten gegeben, die die sozialistische Industrialisierung in sich birgt. Wir haben bemerkt: wenn die Sowjetindustrie den vom kapitalistischen Regime ererbten Produktionsapparat benutzt und sich aus eigener Kraft zu entwickeln angefangen hat, wird sie Fortschritte machen, so rasch, daß sie die höchsten Träume des kapitalistischen Regimes überflügeln.

Wir haben vorsichtig eine jährliche Steigerung von 15--20 Prozent vorausgesetzt. Die Sowjetbürger vom Schlege Stalins und Molotows machten sich lustig über diese angenehmen Zahlen, die nach ihrer Meinung nur Träume von einer „Ueberindustrialisierung“ waren. Nun hat die Wirklichkeit unsere Voraussagungen weit übertraffen. Und jetzt hat sich der gewöhnliche Fehler wiederholt: gesehender von diesen Tatsachen glauben die „Tatsachenerwiesenen“ sich alles erlauben zu dürfen und sie stellen aus krämerhaft ängstlicher Kurzsichtigkeit in Widerspruch.

**Der ultralinken Fünftjahresplan.**  
Wie die Ereignisse der letzten Monate zeigen, ist die Stalinfraktion in ihrer Wirtschaftspolitik wie auch in der U. S. S. R. von ihrem rechten Hitzedankers zu einer ultralinken Politik übergegangen.

Diese Politik ist zugleich eine Verleugnung und eine neue vermehrte Auflage der opportunistischen Politik, die seit 1923 -- besonders von 1926--1928 -- gemacht wurde und nicht weniger gefährlich -- oft sogar gefährlicher -- ist als die frühere Politik.

Gegenwärtig entwickelt sich die ultralinken Wirtschaftspolitik in der U. S. S. R. in zwei Richtungen: der Industrialisierung und der Kollektivierung.

Schon 1923 forderte die Opposition die Beschleunigung der Industrialisierung; sie sah die Forderung auf die Möglichkeiten, die damals bestanden, und auf das sich fast überall machende Bedürfnis nach einer rascheren Industrialisierung.

Die herrschende Fraktion (zuerst Sinowjew-Stalin-Bucharin, dann Stalin und Bucharin ohne Sinowjew) warf der Opposition vor, sie wolle zur Förderung der „Ueberindustrialisierung“ „den Bauer ausplündern“ und so den wirtschaftlichen Bruch zwischen Stadt und Land herbeiführen.

Die Erfahrung zeigte aber, daß die Opposition recht hatte. Die opportunistische Führung unterließ es insbesondere die Hauptquellen der verarbeiteten Industrie. Tatsächliche Entwicklung ging dank der Lage des Me-

und der Aktion der Opposition Jahr für Jahr über die offiziellen Erwartungen hinaus.

Und gerade in dem Augenblick, der die volle Beilegung der Behauptungen der Opposition brachte, erreichte der Kampf zwischen der zentralistischen Führung und der Opposition die größte Schärfe. Durch Monate sah sich die Führung gezwungen, ihren alten „Fünftjahresplan“ ein Minimum, dessen Väterlichkeit die Platteform der Opposition aufgezeigt hatte -- mit einem neuen, viel fiktiveren „Fünftjahresplan“ zu vermindern. Von dem Augenblick an, in dem das rechte Jahr zum ersten Erntemonat der Führung die Möglichkeit der Einhaltung dieses neuen Rhythmus gezeigt hatte, ließ die Führung alle ihre gesunden jammervollen Bedenken fahren und stürzte sich schließlich in das entgegengesetzte Extrem. Fortan gab es nur noch eine Lösung: vorwärts, ohne zurück zu blicken. Der Plan sollte beständig Änderungen im Sinne einer Vergrößerung aller seiner Posten erfahren: vom völkerverhättnislichen Exportumsatz ging man über zu einem maßlosen Subjektivismus. Wenn der Leiter eines Unternehmens oder ein Arbeiter auf wirkliche, handgreifliche Hindernisse stieß, etwa auf Unzulänglichkeiten des Produktionsapparates, Mangel an Rohstoffen oder schlechte Beschaffenheit der Rohstoffe -- so wird das als Nachverrat an der Revolution angesehen.

Heten Erbs verlangt man Taktmaß, Schwung, Unternehmungsgelbst. Alles, was sich dem widersetzt, gilt als aufwieglerisch.

Das erste Viertel des laufenden Wirtschaftsjahres, des zweiten des „Fünftjahresplans“ -- die Zeit vom Oktober bis zum Februar -- brachte einen Frühlingsplag, obwohl es gegenüber derselben Zeit des vorigen Jahres einen Fortschritt um 26 Prozent bedeutete. Zum ersten Mal unter der Herrschaft der neuen Führung sind die Ergebnisse hinter dem Veranschlagt zurückgeblieben. Dieses Zurückbleiben macht sich besonders fühlbar in der Schwerindustrie. Die Selbstkostenpreise sind gestiegen. Um den Ausschlag wertzuzumachen oder zu verdrängen, verdrängten die Fabriken die Qualität. Der Prozentwert des Abfalls und der Ausschubrate ist in beunruhigender Weise gestiegen.

**Graz**  
**Mittwoch, den 2. April um 1/8 Uhr**  
**abends, findet im Gasthaus Volksgarten,**  
**Sigmundstadt Nr. 1**  
**eine wichtige entscheidungsvolle**  
**Versammlung aller Mitglieder**  
**und Abonnenten des Mahnruf**  
**statt. Erscheint vollzählig und pünktlich!**

Auf alle Beschwerden hat das Zentralkomitee mit der Forderung geantwortet, das Programm sei nicht nur einzuhalten, sondern sogar zu überbieten.

Die gegebenen Tatsachen beweisen immer deutlicher, was ist: die unzureichende Behandlung des Problems ergeben hat: man hat sich in diesem Jahre übernommen. Immer mehr vollständig sich die Industrialisierung nur unter der „Akte“ der Verstaatlichung. Man überantworte den Produktionsapparat und die Arbeit. Das Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie vergrößert sich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die rückläufige Bewegung im nächsten Vierteljahr noch zunimmt. Die Regierung zieht sich gezwungen, die Fächer in der Produktion zu verknüpfen, indem sie zur Aufstellung neuer Budgets oder zur Eröffnung neuer Kredite übergeht. Das führt zur Inflation des Papiergeldes, die eine künstliche Steigerung der Nachfrage nach Waren bewirkt: um dieser zu steuern, muß man den Produktionsplan wieder aufblähen und dies wieder führt zu neuen Störungen des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft.

**Der Plan und die Weltwirtschaft.**  
Die Sowjetwirtschaft hängt von der Weltwirtschaft ab. Diese Abhängigkeit drückt sich aus in dem Verhältnis der Einfuhr zu Ausfuhr. Der auswärtige Handel ist der zentrale Punkt des Sowjetwirtschaftssystems. Die Schwierigkeiten unseres auswärtigen Handels haben zur Grundfrage Schwierigkeiten, die sich aus unserer Abhängigkeit ergeben.

Diese besondere Schwierigkeit liegt gegenwärtig verhängt durch die allgemeine Konjunktur. Die Erscheinungen, die sich aus der internationalen Krise erklären, machen sich nun in der Ausfuhr aus der Sowjetunion fühlbar, wenn sie die Nachfrage nach den ausgeführten Waren ändern und deren Preise herabdrücken.

Welthandels- und -industriekrise zunimmt muß die Einengung unserer Ausfuhr -- der stütz auf unsere Einfuhr -- zurückdrücken. Für Sowjets notwendig. Aber die Führung li-

ferung nach, wenn die verschiedenen Wirtschaftszweige kein harmonisches Ganzes bilden, im auswärtigen Handel an den Schranken, die ihm die Weltkrise legt, zu scheitern werden: die Einfuhr der unbedingt notwendigen Waren wird zurückgehen, und in den „Fünftjahresplan“ wird sich eine neue Kraft der Desorganisation einmischen.

Andererseits ist es möglich, daß die industrielle Arbeit in Amerika und Europa in ihrem weiteren Verlauf zur Bewahrung von Industrie- und Handelsstreben an die U. S. S. R. fällt. Aber das ist eine zweifelhafte Waffe. Bei einer normalen Geschwindigkeit der Entwicklung könnten diese Kredite den Prozeß der Industrialisierung erleichtern und beschleunigen. Aber bei einer Steigerung der inneren Schwierigkeiten würden die Kredite die Arbeit nur zurückdrängen: später würde sie mit verdoppelter Kraft wieder anbrechen.

Im übrigen machen wir diesmal nur vermutungsweise aufmerksam auf die Gefahren, die aus der Weltkrise entstehen können. Der Schwerpunkt ist offenbar nicht da gelegen. Die drängendsten und schwersten Gefahren sind die, die sich an der empfindlichsten Stelle des Sowjetregimes zusammenballen: in den Beziehungen zwischen Stadt und Land.

### Der Kampf der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die Opposition hat während der letzten Jahre fast während verlangt, daß man zur Förderung der industriellen Entwicklung die oberen Schichten auf dem Lande härter besteuern solle. Die offizielle Führung leugnete die Existenz der „Kulaken“ und behauptete die Opposition, sie wolle „den Bauer ausplündern“.

Unterdessen entwickelte sich der „Kulak“ so, daß er eine wirkliche Macht wurde: er trieb den Mittelbauer mit und unterwarf die Industrie und die Städte einer Hungerblockade. Der Einfluß der Kulaken machte sich an den wirtschaftlichen Bemerkbar genau zu der Zeit, die die Opposition durch Feltzungsregeln erledigt wurde (März 1928).

Die Bureaukratie mußte eine Sowjet- und Staatsaktion unternehmen. Man dekretierte den Krieg gegen den „Kulak“. Als der Kampf ums Brot gegen den „Kulak“ begann, stellte sich heraus, daß die von der Opposition zur Bändigung der Ausbeutungsbedenken auf dem Lande empfohlenen Maßnahmen weit überboten werden mußten.

Aber der Kulak und der Mittelbauer sind nicht durch eine unüberwindbare Mauer voneinander getrennt. Die Kulaken kommen aus den Reihen der Mittelbauern -- eine Erklärung, die in jedem Augenblick der Lage auf dem Lande entspricht.

Die Lachne der ohne Plan, ohne Methode, blindlings geführten Angriffe auf den Kulak verirrte der Entwicklung der oberen Schichten der Mittelbauern den Weg. Takt der Bruch mit dem Lande. Der Bauer, der die Erfahrung der Revolution gemacht hatte, hatte durchaus keine Lust, wieder den Weg des Bürgerkriegs zu betreten und suchte nach einem anderen Ausweg. So kam es zur „allgemeinen Kollektivierung“.

Die Sowjetmacht fördert gegen ihren Endzwecken die Produktivität und die Konsumgenossenschaften. Trotzdem nahm bis in die letzte Zeit die Produktivität auf dem Lande (in der Form der „Molchos“ oder Kollektivbetriebe in der Landwirtschaft) einen sehr bedeutenden Platz ein.

Vor kaum zwei Jahren schrieb der gegenwärtige Volkskommissar für den Ackerbau, Antonow, die „Molchos“ (Kollektivbetriebe) müßten angesichts der Rückständigkeit und Verfalltierung unserer Bauern noch viele Jahre „Kämpfe abgeben und verlorenen Gelände im Meer der Landwirtschaft“ bleiben.

Nun, während der allerletzten Zeit hat die Kollektivierung oder Erzwängen der Führung einen gewaltigen Aufschwung genommen. Es genügt die Feststellung, daß die Kollektivierung, die nach dem Plan am Ende der Periode des „Fünftjahresplans“ 20 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe hätte erfassen sollen, tatsächlich schon heute, kaum daß das zweite Jahr des Plans begonnen hat, bereits 40 Prozent erreicht hat.

Wenn es bei dieser Geschwindigkeit bliebe, so müßte die Kollektivierung durch die „Molchos“ im Laufe der kommenden zwei Jahre die ganze Bauernklasse erfassen. Scheint es nicht, daß das ein ungeheurer Fortschritt wäre? In Wirklichkeit kann es nur eine tödliche Gefahr sein.

Die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine ganz bestimmte technische Grundvoraussetzung. Die Kollektivierung ist vor allem Bewirtschaftung der großen landwirtschaftlichen Betriebe. Die Wirtschaftsführung ist abhängig von den Produktionsmitteln und Produktionsmethoden. So wenig man durch das Zusammenfassen von Schiffsbauern ein Schiff bekommt, so wenig kann man mit den Hügeln und den Schindelmännern der Bauern selbst bei der striktesten Zusammenfassung große landwirtschaftliche Betriebe errichten. Die Kollektivierung der Landwirtschaft kann nur das Ergebnis der Erziehung der vorhandenen primitiven Verhältnisse durch Maschinen sein.

Daraus folgt, daß die Möglichkeit der Kollektivierung der Landwirtschaft abhängt von dem Grad der Industrialisierung des Landes.

(Fortsetzung folgt.)



dann eine höhere, würdigere, geschicklicher wirkendere

Tramwayschienenträger.

Die Schienen von Eisenberg und Zwickau sind...

Wenn man auch laienhaften Frachtern in der Hand...

Der unblutige Bürgerkrieg.

Die Z. V. kämpft unermüdet den Treiben in die...

Das liegt schon, bedauern. In Wirklichkeit ver-

Seit einem Jahr werden den Arbeitern, die schon...

Das sagt man, obwohl alle Stellen sich schon dar-

Allen Menschen, allen Völkern, allen Nationen...

Spiegel.

Das ist das Stigma der bürgerlichen Gesellschaft, die...

Allemaal, wenn eine westliche Sprache gibt, dann...

Venn wir werthen, i Worten haben stunden mit...

Die Medizin ist auf einem falschen Wege, sie kann...

Ich sah, wie nutzlos ein Mann anstarrte, wurde...

Wofür kämpft der Soldat? Ihre Väterland! Was...

Buchausweis.

Durch die Wochen: Amon 2. 1. ... durch die Wochen...

Für unsere kranken Genossen.

N. N. Z. ... durch den Herrn...

Eigenheim, Herausgeber und verantwortlicher Heraus-

Frucht, es dazu die Arbeitsgemeinschaft der Arbeit-

In man lang arbeitete, wird die Umverteilung wegen...

Das ist die Sache, nur die ArbeiterInnen jedoch...

Was dazu notwendig ist, ist notwendig. Und wer...

Ja, wir marodieren vertrieben, ohne Hunger...

Wenn man die Z. V. in die Umverteilung einwirft...

Für uns gibt's keine Arbeit!

Bei einer Manufakturarbeit ist die Annahme...

Es muß in Graz natürlich ein großer Markt...

Der Mensch, der die Arbeit nicht machen kann...

Die Arbeiterin der Z. V. hat in den vergangenen...

Es sind heute noch immer keine im Überflusse...

Der Dienstbot.

Es sind im Zentralamt der Stadt mit zwölf...

Es sind die Zehntel...

Die christliche Kirche...

Es ist kein...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Es ist eine...

Wann kostet die „Note Zahne“ für Arbeitslose nur 10 Groschen?

und welche der „Männer“ nicht? Arbeitslose, die für...

Es ist in Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Das ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Wenn man die „Note Zahne“ in die Umverteilung...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Es ist die Wahrheit, die „Note Zahne“ hat keine...

Juristischer Briefkasten.

Die Redaktion gibt in diesem Teil der Zeitung...

Genollin Erwanwallner gestorben.

Es war bemerkenswert, daß sich die Genollin von...